

Nukleare Gerechtigkeit bedeutet auch – das zeigten im vergangenen Jahr insbesondere die Debatten bei der ersten Vertragsstaatenkonferenz des TPNW, an der Deutschland als Beobachter teilnahm – Aufarbeitung und Übernahme von Verantwortung der Nuklearwaffenstaaten und ihrer Alliierten für die Folgen von Einsatz und Tests dieser Waffen. Die Bundesregierung sollte deshalb ihre Ankündigung zu mehr Engagement in diesem Bereich durch substantielle Beteiligung an einem internationalen Fonds für Opferunterstützung und Umweltsanierung umsetzen und ihre Alliierten dabei mit ins Boot holen (→ Baldus et al. 2022). Bei der Stärkung der Nichtverbreitung und Abrüstung biologischer und chemischer Waffen muss der Blick über den Krieg in der Ukraine hinaus gehen. Beide Kontrollregime bedürfen jenseits der aktuellen Krise der Unterstützung und Stärkung. Die deutschen Bemühungen in der OPCW, im Rahmen des BWC und zur Förderung von Biosicherheit sollten auch in der gegenwärtigen Situation aufrechterhalten und fortgesetzt werden.

Möglichkeiten der Stärkung gibt es zudem im Bereich humanitärer Rüstungskontrolle. Dazu zählt auch die Kontrolle von Klein- und Leichtwaffen (SALW) und ihrer Munition. Entsprechende Maßnahmen müssen auf globaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene stattfinden und den gesamten Lebenszyklus konventioneller Waffen in den Blick nehmen. Dadurch würden Synergien mit dem internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT) geschaffen. Ein umfassender, kontextsensibel vorbereiteter Kapazitätsaufbau in Ländern des Globalen Südens hilft, das Risiko der unerlaubten Umleitung legal verbreiteter Waffen zu reduzieren. Gleichzeitig wird auf diese Weise der Güterkreis der konventionellen Waffen in eine komplementäre Rüstungskontrollpolitik integriert. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die Open-ended Working Group (OEWG) zur Munitionskontrolle in globalen Verhandlungen zu einem politisch verbindlichen Abkommen führt. Dies würde eine wichtige Lücke in der humanitären und konventionellen Rüstungskontrolle schließen.

3.3 ✓ Rüstungskontrolle und Desinformation

Eine große Herausforderung für die Rüstungskontrolle ist gegenwärtig die Desinformation. Desinformation unterscheidet sich von bloßer Fehlinformation dadurch, dass sie nicht nur falsche Tatsachenbehauptungen verbreitet, sondern dies in der Absicht tut, Schaden anzurichten. Desinformation und politische Täuschung sind keine neuen Phänomene. Allerdings war die Zeit nach dem Kalten Krieg bis vor wenigen Jahren relativ ungestört von den Problemen zwischenstaatlicher Täuschung. Die Entwicklung des geopolitischen Mächteverhältnisses, die veränderte Verbreitung von Nachrichten in den Medien und die Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie haben jedoch zu einem Umfeld geführt, in dem einige Staaten Täuschung und Betrug wieder als vorteilhafte Elemente ihrer nationalen Sicherheitsstrategien betrachten. Desinformation wird als Bedrohung für die Integrität demokratischer Systeme angesehen.

Desinformation kann aber auch, insbesondere im Zusammenhang mit Behauptungen über den Gebrauch oder geplanten Einsatz von Massenvernichtungswaffen, Strukturen und Institutionen der Rüstungskontrolle beschädigen oder zerstören. Insbesondere Russland hat eine Reihe von Täuschungskampagnen lanciert, bei denen falsche Behauptungen über chemische und biologische Waffen (CBW) erfunden und verbreitet wurden. Gleichzeitig versuchte das russische Regime, seine Mitschuld am tatsächlichen Einsatz chemischer Waffen zu verschleiern. Im Krieg gegen die Ukraine hat Russland wiederholt nachweislich falsche Anschuldigungen gegen die Ukraine erhoben, etwa Chemiewaffen zu entwickeln, einen Biowaffenangriff zu planen oder eine radiologische „schmutzige Bombe“ vorzubereiten. Damit führt Russland eine Strategie fort, die nicht nur auf die Täuschung der internationalen Öffentlichkeit zielt, sondern die Glaubwürdigkeit und Legitimität internationaler Organisationen, insbesondere im Rüstungskontrollbereich, zerstören soll. Dabei richtet sich die russische Desinformation vor allem gegen die OVCW und das Chemiewaffenabkommen. Das liegt daran, dass Russland wiederholt für seine Unterstützung Syriens und wegen eigener Giftanschläge in die Kritik geraten ist.

Vor allem Russland setzt auf Täuschung und Betrug in seiner Sicherheitsstrategie

Es ist allerdings nicht unerheblich festzustellen, dass Russland mit seiner Desinformationspolitik nicht allein dasteht. Die Irreführung der internationalen Öffentlichkeit im VN-Sicherheitsrat durch die USA, die 2003 zum Irakkrieg führte, ist ebenso zu nennen, wie die systematische Verwendung „alternativer Fakten“ unter Präsident Trump, die einen Vertrauensverlust in politische Institutionen und die Integrität wissenschaftlicher Expertise zur Folge hatte. Was aber in Bezug auf die russische Strategie auffällt, ist die gezielte, staatlich geförderte und alle Ministerien und politische Institutionen einbeziehende Unterminierung politischer Wahrhaftigkeit. Dass Russland dadurch international Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit, aber auch Ansehen und Prestige verliert, scheint Moskau nicht mehr zu interessieren. Ein eindrückliches Beispiel ist das Interview mit den russischen Staatsbürgern, die des Giftanschlags auf den Geheimdienst-Überläufer Sergeij Skripal und seine Tochter Julija beschuldigt werden. Sie waren angeblich als kunstinteressierte Touristen nach Salisbury gereist. Die völlig unglaubwürdige Geschichte und die lächerlich unprofessionelle Inszenierung des Interviews kann man sich nur so erklären, dass es hier gar nicht mehr um Verschleierung und Täuschung ging, sondern um Verhöhnung (→ Pomerantsev 2015).

Wie in vielen früheren Fällen werden auch in jüngster Zeit Desinformationskampagnen in Bezug auf CBW geführt, und zwar sowohl verdeckt, durch Verbreitung in Medien und sozialen Netzwerken, als auch offen, oft über staatlich gesponserte Medien. In jüngster Zeit lässt sich jedoch eine zunehmende Zahl von Desinformationsbemühungen auf der Ebene des offiziellen diplomatischen Diskurses beobachten. Verdeckte Desinformation kann sowohl für Ermittlungs- als auch für Gegenmaßnahmen eine große Herausforderung darstellen. Wenn Täuschungen hingegen über offizielle Kanäle verbreitet werden, können sie leichter entdeckt und bekämpft werden. Sie wirken sich jedoch negativer auf die tatsächliche Praxis internationaler Politik und Rüstungskontrolle aus.

RUSSLANDS CBW-DESINFORMATIONSTRATEGIEN

In früheren Fällen vermuteter Chemiewaffenangriffe Russlands oder der verbündeten syrischen Regierung haben russische Regierungsstellen wiederholt Desinformationen verbreitet und dabei die OVCW als internationales Forum genutzt, um ihre Behauptungen zu verbreiten. In der offiziellen Korrespondenz des Exekutivrats oder in Verbalnoten wurden immer wieder Anschuldigungen gegen verschiedene Akteur:innen erhoben. Dabei lassen sich drei miteinander verknüpfte Desinformationsmuster identifizieren, die auch in der Ukraine angewendet werden.¹

In diesen Fällen setzte Russland gleichzeitig verschiedene Desinformationsstrategien ein, um eine Reihe von Ergebnissen zu erzielen, die von gezielter Täuschung bis hin zur Beeinträchtigung der Kommunikation und Unterminierung des Vertrauens reichen → 18/99. Am Anfang steht das Leugnen, dass überhaupt ein Fehlverhalten stattgefunden habe oder dass Russland für ein offensichtliches Fehlverhalten verantwortlich sei. Einen Schritt weiter geht die Behauptung, dass andere für den entstandenen Schaden verantwortlich seien. Solche Behauptungen können sich auch auf die Zukunft beziehen und andere beschuldigen, etwas Verbotenes vorzubereiten. Noch komplexer wird die Desinformation, wenn andere beschuldigt werden, etwas Verbotenes vorzubereiten, um dann die Tat „unter falscher Flagge“ anderen in die Schuhe zu schieben. Häufig widersprechen sich die Desinformationen oder werden so absurd, dass sie kaum mehr als glaubwürdig erscheinen können. Offenbar geht es auch gar nicht darum, ein kohärentes, wenn auch erlogenes, Rechtfertigungsnarrativ zu entwickeln und die Lügen aufeinander abzustimmen. Wichtiger scheint zu sein, generell Verwirrung zu stiften und Zweifel daran zu säen, dass am Ende irgendeine Institution „die Wahrheit“ herausfinden und autoritativ „Verantwortung“ feststellen könnte. Russland reagiert damit auf einen Trend, der seit einigen Jahren in der OVCW und anderen internationalen Organisationen von westlichen Staaten vorangetrieben wird: nämlich die institutionellen Möglichkeiten, Täter zu identifizieren und Verantwortlichkeit festzustellen.

Desinformation soll Verwirrung stiften und Verantwortung verschleiern

In Syrien haben unabhängige Inspektionen durch die OVCW keinerlei Hinweise für ein solches von Russland unterstelltes Vorgehen gefunden, trotz gründlicher Untersuchung, zuletzt veröffentlicht in einem Bericht des Investigation and Identification Team (IIT) im Januar 2023. Stattdessen identifizierte die OVCW mehrfach die von Russland unterstützte syrische Regierung als Urheberin von Chemiewaffeneinsätzen.

Im Bereich der biologischen Waffen wirft Russland seit Jahren den USA, Georgien und nun auch der Ukraine vor, heimlich illegale Waffenforschung zu betreiben. Russland verknüpft seine Vorwürfe mit real existierenden Laboratorien und tatsächlich durchgeführten Forschungen, denen es illegale Absichten unterstellt. Im Bereich der Biologie wird diese Strategie dadurch erleichtert, dass viele Experimente und Ausrüstungen sowohl für legitime biologische, medizinische oder pharmazeutische Forschungen genutzt werden, aber gleichzeitig auch in militärischen Biowaffenprogrammen eine Rolle spielen könnten.

So sind Krankheiten wie Cholera oder Milzbrand in vielen Ländern endemisch (also „einheimisch“), was Forschung zur Prävention und zu ihrer Behandlung erfordert. Die entsprechenden Krankheitserreger wurden in der Vergangenheit aber auch in offensiven Biowaffenprogrammen erforscht. Diese Dual-Use-Ambivalenz nutzt Russland in seiner Argumentation aus, indem es leicht zu rechtfertigende legitime Forschungen rhetorisch in die Nähe illegaler Waffenaktivitäten rückt.

Im Fall der Ukraine hat Russland die für vermutete Vertragsbrüche vorgesehenen Verfahren des BWÜ genutzt, um seinen Vorwürfen Gewicht zu verleihen. Ein Konsultationstreffen der Vertragsstaaten im September 2022 ergab jedoch kein Ergebnis. Russland legte dort, wie auch schon zuvor im Rahmen des VN-Sicherheitsrats, Dokumente und Argumente vor, die seine Behauptungen belegen sollen. Die Ukraine, die USA und weitere Staaten machten deutlich, dass die beschriebenen Aktivitäten nicht-militärischer Natur sind, friedlichen Zwecken dienen und bereits zuvor transparent und öffentlich bekannt waren. Da sich zwar die Mehrheit der anwesenden Vertragsstaaten im letzteren Sinne aussprach, es aber keinen Konsens gab, endete das Treffen ohne eine endgültige Feststellung. Russland wollte im Anschluss durchsetzen, dass sich, wie für diesen Fall im BWÜ vorgesehen, der VN-Sicherheitsrat mit dem Verdacht befasst. Aufgrund der unzureichenden Beweislage fand sich allerdings keine Mehrheit dafür, den Fall überhaupt aufzunehmen. Unabhängige Untersuchungen wie im Bereich der chemischen Waffen sind bei biologischen Waffen nur bei einem vermuteten Einsatz, nicht aber für vermutete Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten möglich.

18 Muster der russischen Desinformation

Quelle → 3 / 101

	Muster 1 Vorwürfe gegen andere Akteur:innen	Muster 2 Angriffe auf die OVCW	Muster 3 Diskreditierung von Ermittlungen
Syrien Khan Shaykhun 2017 und Douma 2018	Vorwürfe gegen Oppositionskräfte und Hilfsorganisationen, zum Beispiel die Weißhelme	Äußerungen hochrangiger Beamt:innen, die die OVCW diskreditieren	Veto gegen die Fortsetzung von VN-OVCW Joint Investigative Mission Kritik an der Methodik von Fact Finding Mission Delegitimierung des Investigation and Identification Team
Salisbury 2018	Vorwurf, die britische Regierung habe einen Angriff unter „falscher Flagge“ durchgeführt	Cyber-Angriffe auf die OVCW und ihre Laboratorien	Falsche Darstellung des Berichts des Technischen Sekretariats der OVCW mit der Behauptung, es seien keine Beweise gefunden worden
Ukraine 2022	Vorwürfe wegen künftiger und vergangener chemischer Angriffe durch die Ukraine Vorwürfe gegen die USA und das Vereinigte Königreich	Anschuldigungen, dass OPCW-Mitarbeiter in ein Komplott gegen Russland verwickelt seien	Bisher wurde noch keine Ermittlung durchgeführt

DESINFORMATION ENTGEGENWIRKEN

3
100

Desinformation zu begegnen ist schwierig und erfordert ein abgestimmtes Vorgehen nationaler und internationaler Institutionen sowie die Einbeziehung der Medien und Technologieunternehmen (→ UNICRI 2022). Bislang lag der Schwerpunkt der Strategien gegen Desinformation darauf, Fehlinformation zu entlarven und Fakten richtigzustellen, dem sogenannten Debunking. Dabei scheint eine wirksame Strategie darin zu bestehen, Transparenz zu erhöhen und internationale Zusammenarbeit zu stärken. 2018 war Georgien beschuldigt worden, mit US-Unterstützung ein Forschungslabor für illegale Kriegssubstanzen eingerichtet zu haben. Daraufhin machte Georgien das Labor für eine Gruppe internationaler Expert:innen zugänglich, die keinerlei Hinweise auf illegitime Aktivitäten feststellen konnte.

Debunking kann allerdings auch ungewollte Nebeneffekte haben. Zum Beispiel sorgt die Wiederholung der Falschmeldungen dafür, dass sie sich noch stärker verbreiten und Eingang in die Mainstream-Medien finden. Deshalb ist es wichtig, zukünftig stärker im Vorfeld tätig zu werden und mögliche Falschmeldungen vorausszusehen, um ihnen durch möglichst transparente Informationspolitik zuvorzukommen. Diese als Prebunking bezeichnete Strategie erfordert, mehr Energie in die Informationspolitik zu investieren und Entscheidungsträger:innen und die Öffentlichkeit für die Problematik der Desinformation zu sensibilisieren.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die gegenwärtige Zuspitzung politischer Konflikte reduziert die Chancen rüstungskontrollpolitischer Kooperation. Der Verlust an Vertrauen lässt bestehende Regime erodieren und neue Initiativen schon im Ansatz scheitern. Aber es gibt auch Hoffnung, denn der Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass basale Kooperation notwendig ist, um das Schlimmste zu verhindern: einen Großmachtkonflikt, den Einsatz von Nuklearwaffen oder die ungezügelte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Angesichts des Ausfalls von Russland als verlässlicher Partner muss sich die Rüstungskontrollpolitik breiter aufstellen: Sie muss verstärkt andere Staaten wie China, Indien oder Brasilien einbinden, die bislang nicht im Zentrum der Rüstungskontrollpolitik standen, um zentrale Normen wie das nukleare Tabu oder das Chemiewaffenverbot zu stärken; sie muss in der gegenwärtigen Krise den Fokus von „harten“ Abrüstungsfragen hin zu „weichen“ Formen der Rüstungskontrolle verschieben, um Krisenstabilität, die Sicherheit von Kommando- und Kontrollstrukturen sowie Krisenkommunikation zu gewährleisten; und sie muss frühzeitig in die sicherheits- und verteidigungspolitische Planung einbezogen werden, um Ansatzpunkte für zukünftige Kooperation zu bieten.

1 Bei den ausgewählten Fällen handelt es sich um die Chemiewaffenangriffe in Khan Shaykhun (2017) und Duma (2018) in Syrien und die Vergiftung von Sergei und Yulia Skripal in Salisbury (2018). Darüber hinaus gab es weitere Fälle im syrischen Kontext sowie die Vergiftung Alexei Navalnys.